Das Wunder von Bern

Plötzlich will die Politik doch etwas gegen den teuren Franken tun. Vielleicht. Über wen lacht man mehr als über die Wendehälse von der SVP? Noch Ende Juni behauptete ihr Anführer Christoph Blocher, der betonharte Franken sei kein Problem. Ganz im Gegenteil: Er beweise die Überlegenheit der Schweizer Wirtschaft. "Starker Franken, starke Schweiz". So titelte Blochers Leibblatt, die "Weltwoche". Sie und Blocher hatten zuvor monatelang eine Hetzkampagne gegen die Interventionen der Nationalbank geführt. Mit besonderem Hass überzogen sie Nationalbankchef Philipp Hildebrand. Er sei ein "Falschmünzer". Er trete die Unabhängigkeit der Schweiz mit Füssen. Und damit die ganze Schweiz. Er dürfe "nicht ungestraft davon kommen"

Und jetzt ist plötzlich alles genau umgekehrt. Am 11. August forderte Blocher vor den Augen der Nation, die Nationalbank müsse nun alles tun, um den starken Franken zu bekämpfen: "Wir führen einen Wirtschaftskrieg." Blocher vollzog nur nach, was 9 Tage zuvor im Bundeshaus geschehen war. Beim "Franken-Rütli". Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hatte eine kleine Runde von Wirtschaftsführern und Professoren geladen. Sie beschlossen, massive Interventionen der Nationalbank zu "unterstützen". Hildebrand verstand den Wink und intervenierte dreimal massiv gegen den Franken.

Unter Kontrolle.

Dabei hatte auch FDP-Bundesrat Schneider-Ammann den starken Franken kurz zuvor gelobt. Nur der Euro sei das Problem, sagte er. Und Anfang Juni: "Unsere Wirtschaftssituation ist unter Kontrolle." Und überhaupt: Geldpolitik sei allein die Aufgabe der SNB. Noch am Vorabend des Franken-Rütlis stiess Bundesrätin Doris Leuthard in Leuk VS ins selbe Man-kann-nichts-tun-Horn: "Wir müssen uns auf eine längere ungemütliche Situation einrichten mit abgeschwächtem Wachstum." So wie Leuthard, Schneider-Ammann, Blocher drehen dieser Tage die Vertreter des Wirtschaftsestablishments und der bürgerlichen Parteien reihenweise Pirouetten. Was die Gewerkschaften gefordert hatten, also für die Rechten des Teufels war, wollen sie nun selbst: den Franken schwächen, um Jobs in der Industrie und im Gastgewerbe zu retten. Das ist gut. Der überbewertete Franken zerstört sie massenhaft. Das ist nicht weniger als Tabubruch. Eine Wende. Das tat die Politik seit dem Ersten Weltkrieg erst einmal – in den 70er Jahren. Als die SNB in den 90er Jahren nicht intervenierte, kostete das 150 000 Jobs. Das Wunder von Bern. Vielleicht.

Denn bisher nahmen die bürgerlichen Hardliner wie Blocher und die Konzernlobby Economiesuisse sogar eine scharfe Rezession in Kauf, wenn nur die neoliberale Ideologie unbeschädigt blieb. Die hiess: keine Wirtschaftspolitik. Erst recht keine Industriepolitik. Und keine Währungspolitik.

Das diente ihren Interessen. So konnte der Druck auf die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften erhöht werden («mehr arbeiten für weniger Lohn»). Gewinnbringend mit Franken und Euro spekuliert werden. Steuern gesenkt, exorbitante Profite eingefahren werden.

Gute Gründe.

Umgekehrt haben sie auch heute einige gute Gründe, davon ein wenig abzurücken. Es herrscht Ausnahmezustand. Für die SVP und die FDP macht es sich schlecht, mit 100 000 zusätzlichen Arbeitslosen in die Parlamentswahlen von Oktober zu ziehen. Nur: Bisher haben weder Bundesrat noch Hildebrand zum ganz grossen Wurf angesetzt. Wir fordern und warten.

Oliver Fahrni, Marie-Josée Kuhn.

Work. Freitag, 2011-08-26. Work > Oliver Fahrni. Währung. 2011-08-26.doc.